



Grüne Kraft voraus!

Mein erstes Jahr im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

kaum war das Büro eingerichtet und meine erste Rede zum Meeresschutz gehalten, da sorgte schon die Schlampererei von BP für den GAU der Erdölindustrie. Es zeigte sich: Mit unserer Position „Weg vom Öl“ sind wir mehr als aktuell aufgestellt.

Gespräche mit Reedern und Logistikern, die ich in den letzten Monaten führen konnte, zeigen mir jedoch, dass der Abschied vom Öl bei den Entscheidern in der Wirtschaft immer noch nicht angekommen ist. Viele träumen wieder von steigenden Umsätzen, angestoßen durch öffentliche Förderung wie die Elbvertiefung, die A 20 oder die genauso unsinnige Fehmarnbelt-Querung.

Hier geht es nur um kurzfristige Rendite zu Lasten vor allem nachfolgender Generationen. Von der Politik muss aber eine Vision für eine nachhaltige Zukunft erarbeitet und umgesetzt werden. Denn Politik muss die Vorgaben machen, nicht die Interessenvertreter. Das ist unsere Aufgabe als vom Volk gewählte Abgeordnete.

Die Abstimmungen zu den Rettungspaketen für den Euro und für Griechenland haben mir gezeigt, wie sehr im Bundestag in eingefahrenen Gleisen gedacht wird. Viele sehen nicht, welche deutlichen Signale an Lobbyisten gesendet werden könnten, wenn gemeinsame Positionen fraktionsübergreifend getragen würden. Und zwar nicht nur beim Schutz der Wale sondern auch bei Themen wie der Bankenregulierung. Durch kurzsichtiges parteipolitisches Taktieren werden Chancen vergeben, die den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass unsere Demokratie lebt und funktioniert. Diese Kritik wird immer mein politisches Handeln prägen.

In Zeiten von Minderheitsregierungen und häufig wechselnden Mehrheiten muss es viel mehr um die Sache gehen als um Parteitaktik. Was wir brauchen sind offenere Diskussionen und Anträge, die über Fraktionsgrenzen reichen und sich an fachlichen Einschätzungen orientieren. Daran möchte ich mit meinem Wissen und Engagement mitwirken.

Würden wir mehr fachorientiert arbeiten, wäre viel mehr gelebte Demokratie möglich. Aktive Abgeordnete in den Parlamenten und Bürgerinnen und Bürger können – etwa mit Volksentscheiden – ein neues Demokratiebewusstsein lebendig werden lassen. Hierfür will ich mich auch in meinen noch kommenden Jahren im Bundestag einsetzen. Dann hätte sich mein Auftrag hier mehr als bisher schon gelohnt.

Herzlich, Ihre



Das Team aus Berlin und Pinneberg
Foto: Nico Pantzenhagen

Erdöl im Watt

Die gesunkene Ölplattform im Golf von Mexiko macht die Gefahren auch für das hiesige Watt deutlich. Für Valerie Wilms ist die Katastrophe auf die Abhängigkeit vom Öl zurückzuführen – und die Förderung im Meer eine Hochrisikotechnologie.

Auch in der Nordsee wird Öl und Gas gefördert. Zwar ist die Situation im Golf von Mexiko nicht mit der Plattform Mittelplate zu vergleichen. Fest steht jedoch: Vor Großbritannien und Norwegen ist die Situation ähnlich gefährlich und eine Katastrophe nicht auszuschließen. Über die Nordsee wäre auch sehr schnell das empfindliche UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer betroffen. Valerie Wilms beunruhigen vor allem die ungeklärten Haftungsfragen für Ölunfälle. Sie fragte deswegen die Bundesregierung – und dort musste man zugeben, dass für Ölfirmen keine Versicherungen vorgeschrieben sind. Zudem wurde klar: Bisher gibt es nur Regelungen für Ölunfälle auf Schiffen – für Ölplattformen jedoch nicht. Bei einer Katastrophe kann es also passieren, dass entweder niemand oder der Steuerzahler haftet. „Die Bundesregierung muss jetzt schnell aktiv werden“, sagt die Bundestagsabgeordnete und fügt hinzu: „National muss eine Versicherung verbindlich sein, die für die volle Höhe möglicher Schäden haftet.“

► Mehr Informationen: www.valerie-wilms.de → Maritime Politik → Meeresschutz

Mehr als neuer Motor

Die Grünen sagen, wie Elektromobilität als Zukunftstechnologie durchgesetzt werden kann.

Valerie Wilms kommt es vor allem darauf an, endlich über den Status von Prototypen hinaus zu kommen: „Seit zwanzig Jahren sehen wir jedes Jahr auf den Automobilmessen die tollsten Wagen mit Elektroantrieb – ohne eine Chance, diese auch endlich in der Realität nutzen zu können.“ Zukünftig werde sich die Mobilität ändern und die Stärken der einzelnen Verkehrsträger müssten aufeinander abgestimmt werden. Elektromobilität müsse deswegen Teil eines umfassenden Mobilitätskonzeptes sein. Finanziert werden soll das Konzept durch eine Umstellung der Kfz-Steuer und die Änderung der Dienstwagenbesteuerung.

► Link: www.valerie-wilms.de → Verkehr

Thema: Binnenschiffe

Valerie Wilms arbeitet in den parlamentarischen Gruppen „Binnenschifffahrt“ und „Frei fließende Flüsse“ mit.

Vielfach als Parlamentsgruppen mit gegensätzlichen Interessen wahrgenommen, sieht sie die Potenziale vor allem in der Zusammenarbeit. „Es kommt darauf an, Binnenschiffe dort einzusetzen, wo sie ihre Potenziale voll entfalten können – und dort auf sie zu verzichten, wo andere Verkehrsträger die Transporte viel besser bewältigen können.“ Potenziale in der Zusammenarbeit der Parlamentarischen Gruppen sieht sie vor allem in der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung: „Momentan ist diese Behörde zu einseitig auf das Bauen ausgerichtet und dafür völlig überdimensioniert. Ökologie ist noch ein Fremdwort.“

► Link: www.valerie-wilms.de → Verkehr

Kooperation statt Konkurrenz

Bereits zu Beginn der Wahlperiode traf sich Valerie Wilms mit grünen Hafenpolitikern und Hafenpolitikerinnen aus den norddeutschen Ländern. Gemeinsames Ziel: Bessere Abstimmung und mehr Kooperation zwischen den deutschen Häfen.

Bei einem Treffen im niedersächsischen Oldenburg wurde vereinbart, zusammen eine neue Hafenkonzeption zu erarbeiten, die auf eine Arbeitsteilung der deutschen Seehäfen abzielt. „Kooperation statt Konkurrenz muss es künftig heißen“, betont Valerie Wilms. Die Wirtschaftskrise habe deutlich gemacht, dass man sich keinen ruinösen Wettbewerb zwischen den Häfen mehr leisten kann. Die Häfen sollten stattdessen ihre Stärken betonen und etwa darauf verzichten, für Schiffstypen aller Größen anlaufbar zu sein.

„So könnten wir auf die Elbvertiefung verzichten, wenn der Jade-Weser-Port zum deutschen Tiefwasserhafen ausgebaut würde“, sagt die Sprecherin für Maritime Politik. Bei der Hinterlandanbindung der Häfen wurden die Chancen vor allem darin gesehen, die drei Verkehrsträger Straße, Schiene und Fluss besser aufeinander abzustimmen, damit bei zukünftiger Ressourcenverknappung die Anbindung an die Häfen bezahlbar bleibt. „Vor allem die elektrifizierte Bahn wird langfristig der wesentliche noch zur Verfügung stehende Verkehrsträger zur Anbindung der Häfen sein, wenn das Öl knapp wird.“

► Link: www.valerie-wilms.de → Maritime Politik → Häfen

Globale Herausforderungen und die Agenda 21

Im Parlamentarischen Beirat und als Fraktionsbeauftragte setzt sich Valerie Wilms für Nachhaltigkeit ein

Die Agenda 21 kennen viele: Kommunen übernehmen Verantwortung für die nachfolgenden Generationen, indem sie ökologische und soziale Projekte fördern. „Vor Ort merken die Menschen zuerst, was nötig ist“, sagt die Kommunalpolitikerin Valerie Wilms und ihr war schnell klar, dass sie sich dieser Verantwortung auf Bundesebene stellt.

Sie wurde nicht nur Mitglied und Obfrau im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, sondern auch Nachhaltigkeitsbeauftragte der grünen Bundestagsfraktion. Warum ist ihr das so wichtig? Die Gründe liegen für sie auf der Hand. Es sind Herausforderungen wie:

- Die Endlichkeit der Ressourcen wie Öl und Kohle sowie die Erderwärmung und Klimakatastrophen.
- Die zunehmende Flächenversiegelung von derzeit 104 ha pro Tag, die die Artenvielfalt und unseren Lebensraum bedroht.
- Die steigenden Staatsschulden mit den Zinslasten, die Hypotheken für die Kinder und Kindeskindern sind.

► Neugierig? weiter unter: www.valerie-wilms.de → Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeitsstrategie

Im Jahr 2002 hat die rot-grüne Bundesregierung erstmals eine Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland vorgelegt: Anhand von 21 Indikatoren wird gemessen, ob Deutschland sich nachhaltig entwickelt.

Der Nachhaltigkeitsbeirat des Deutschen Bundestags begleitet die Strategie der Regierung. Er macht Verbesserungsvorschläge und übt Kritik, wenn es nicht voran geht: So dümpeln Flächenreduzierung, Artenvielfalt und Schienenanteil am Güterverkehr seit Jahren vor sich hin. Der Anteil der Binnenschifffahrt geht sogar zurück – ein Grund mehr, Binnenwasserstraßen nicht weiter auszubauen.

Viel zu tun gibt es auch bei der Energie- und bei der Ressourceneffizienz, sowie beim ökologischen Landbau, der letztlich wiederum den Boden schont und das Klima verbessert.

Nachhaltigkeitsprüfung

Seit Anfang des Jahres untersucht der Parlamentarische Beirat Gesetzentwürfe auf Nachhaltigkeit. Eigentlich sollte die Bundesregierung verhindern, dass die Nachhaltigkeitsstrategie durch neue Gesetze untergraben wird. Doch oft wird gar nicht erst geprüft. Ein Beispiel ist das Stipendienprogramm für Studierende: Eine Elite bekommt für einige Monate finanzielle Unterstützung. „Anschließend müssen die Studierenden wieder jobben gehen“ sagt Valerie Wilms dazu. „Das ist keine nachhaltige Finanzierung.“ Zudem täte es unserer Gesellschaft besser, wenn in der Bildung Schwächere gefördert würden.

Insgesamt ist die Arbeit im Beirat gut: Alle Fraktionen arbeiten zusammen. So ist eine langfristige, von Wahlperioden unabhängige und damit nachhaltige Arbeitsweise möglich.

Der Bund: ein Vorbild? Oder: was kann ich selbst tun?

Ein Vorbild für Nachhaltigkeit müsste der Bund sein, dachte sich Valerie Wilms und fragte nach



Nachhaltigkeit heißt:
Die Schöpfung bewahren
Foto: Cornerstone/pixelio.de

Jeder kann bei sich selbst anfangen, indem er beim Einkauf darauf achtet, unter welchen Bedingungen die Produkte hergestellt wurden. Diese Floskel ist zwar nicht neu, aber die Umsetzung ist nicht so einfach. Wer sich dafür interessiert, der kann die Fibel „Der nachhaltige Warenkorb“ bei Valerie Wilms bekommen. Darin werden die verschiedenen Umweltlabels nach Warengruppen erläutert. Valerie Wilms selbst sieht auch bei sich noch Potenzial. Weil sie als Abgeordnete viel unterwegs ist, fährt sie möglichst mit der Bahn und ansonsten mit dem etwas älteren Hybrid-Auto. Ein besonderes Vorbild müsste eigentlich der Bund sein, dachte sie sich und fragte nach. Im Mai antwortete die Bundesregierung:

Das Richtziel der Europäischen Union einer 50 % umweltorientierten Beschaffung solle im Auge behalten werden. Eine Nachfrage im Juli ergab, dass es zwar ökologische und soziale Kriterien gebe – aber dazu keine Statistik geführt werde. Wie kann der Bund ein Ziel anstreben ohne zu erfassen, wie weit er schon ist?

Eine Anfrage zum Papierverbrauch ergab, dass einige Ministerien mehr Recyclingpapier nutzen, insbesondere das Bundespresseamt. Lobenswert! Genauso wichtig ist es aber für Valerie Wilms, im IT-Zeitalter zunehmend auf Papier zu verzichten. „Da gibt’s noch viel zu tun“, findet sie.

Föderalismus neu denken

Beim letzten Landesparteitag in Husum machte der Kreisverband Pinneberg den Vorstoß: Ein Antrag zur stärkeren Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer wurde angenommen. Valerie Wilms verfolgt das Thema jetzt weiter im Bundestag.

Die Debatte gibt es schon lange; leere Kassen beleben sie nun neu: Wie kann die Zukunft des Föderalismus in Deutschland aussehen? Vor allem an Landes- und Bundesgrenzen haben die Menschen mit unterschiedlichen Bildungssystemen und Ämterchaos zu kämpfen. Nur wenige Kilometer zum Arbeitsplatz oder ein Umzug bedeuten oft eine echte Umstellung – nur weil man das Bundesland wechselt. Hinzu kommen Doppelstrukturen: Viele Behörden gibt es in jedem Land, obwohl Aufgaben und Arbeit weniger werden – hier könnten echte Einsparungen erfolgen, wenn Institutionen zusammengelegt werden.

Valerie Wilms will sich nun an einer Initiative des niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Garrelt Duin beteiligen. Der hatte angeregt, parteiübergreifend an einer Reform zu arbeiten. Valerie Wilms will aktiv mitarbeiten: „Ich hoffe, dass wir uns noch in diesem Jahr parteiübergreifend treffen und die Vorschläge ordnen können – dann wäre schon viel erreicht.“

Belastung: 380-kV-Höchstspannungsleitungen

Bürgerinitiativen kämpfen im aktuellen Planfeststellungsverfahren gegen die unzumutbaren Belastungen, die von der geplanten 380-kV-Höchstspannungsleitung im Kreis Pinneberg ausgehen.

Der Neubau der 380-kV-Leitung wird begründet mit der Sicherstellung des Abtransportes des im Küstenbereich überproportional erzeugten Stroms aus Windenergie. Das Planfeststellungsverfahren betrifft den Abschnitt der Trasse von Hamburg/Nord bei Quickborn nach Dollern im Kreis Stade. Die Transpower Stromübertragungs GmbH (vormals E.on Netz) plant, die bestehende 220-kV-Trasse zu nutzen. Besonders betroffen im Kreis Pinneberg sind Quickborn und Kummerfeld. Dort haben sich vor einiger Zeit Bürgerinitiativen gebildet. Sie fordern, in besonders betroffenen Bereichen die Kabel unter die Erde zu legen oder zumindest die Trassenführung so zu gestalten, dass die Belastung minimiert wird.

In einem Gespräch mit den Vertretern beider Initiativen hat sich Valerie Wilms über den Stand der Planung und der Einsprüche informiert. Den Vertretern der Initiativen hat die Bundestagsabgeordnete Unterstützung zugesagt. Zur Zeit prüft Transpower die Machbarkeit der von Quickborn und Kummerfeld gemachten alternativen Trassenführungen. Es bleibt abzuwarten, mit welchem Ergebnis – und Valerie Wilms wird weiter aktiv bleiben.

► Weitere Informationen: www.valerie-wilms.de → [Wahlkreis](#)

Kontakt (V.i.S.d.P.):

Valerie Wilms

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Maritime Politik
Nachhaltigkeitsbeauftragte

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227-71682
Fax: 030 - 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de
www.valerie-wilms.de

Wahlkreisbüro Pinneberg
Damm 48
25421 Pinneberg
Telefon: 04101 - 553985
Fax: 04101 - 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de
www.valerie-wilms.de



Foto: Rainer Kurzeder